

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 2

Artikel: OR '85 : ein vergessenes Dokument
Autor: Vogel, Hans-Jochen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339688>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

OR '85: Ein vergessenes Dokument

Zu Beginn der Diskussion um das neue Programm der SP Schweiz wollen wir einen Blick über die Grenze tun. Auf dem Mannheimer Parteitag der SPD am 14. November 1975 wurde der «ökonomisch-politische Orientierungsrahmen» für die Jahre 1975/85 beschlossen. Damit wurde 16 Jahre nach Verabschiedung des Godesberger Programmes ein programmatisches Dokument zum Beschluss erhoben, das als Zwischenstück zwischen Tagespolitik und Grundsatzprogramm einzuordnen ist. Die Diskussion darüber hatte fast zehn Jahre gedauert. Sie geht noch weiter. Fünf Jahre nach seiner Verabschiedung fragt Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel in diesem Artikel: Ein vergessenes Dokument?

Vor etwas mehr als fünf Jahren, am 14. November 1975, verabschiedete der Mannheimer Parteitag der SPD mit nur einer Gegenstimme den Orientierungsrahmen '85. Damit fand ein in der Geschichte der deutschen Parteien nicht gerade alltägliches Unternehmen seinen Abschluss: Das Vorhaben, «auf der Grundlage des Godesberger Programmes die Grundwerte des demokratischen Sozialismus zu präzisieren und zu konkretisieren, eingetretene und zu erwartende gesellschaftliche Entwicklungen zu analysieren und aufzuzeigen, wie durch Reformen die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland in Richtung auf mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität verändert werden kann».

Über 1000 Anträge

Der Parteitagsbeschluss beendete eine breite innerparteiliche Diskussion, die zuletzt

noch in über 1000 Anträgen ihren Niederschlag gefunden hatte. Rückschauend betrachtet ist dieser Diskussionsprozess wohl der wichtigste Aktivposten. Führte er doch in der Kommission – unter Vorsitz von Peter von Oertzen, Horst Ehmke und Klaus Dieter Arndt und, nach dessen allzufrühem Tod, Herbert Ehrenberg – Exponenten mannigfacher, einander damals zum Teil betont kritisch begegnender Strömungen innerhalb der Partei zu rationaler Aussprache zusammen, aus der immer stärker der Wille zum Kompromiss und zur Verständigung auf gemeinsame Antworten hervorging. Diese integrierende Wirkung übertrug sich dann von der Kommission auf die gesamte Partei und ist bis heute spürbar geblieben.

Der Text selbst ist hingegen rasch in Vergessenheit geraten. Zu Unrecht, wie ich meine. Seine Analysen, seine Einschätzungen und seine Lö-

sungsvorschläge sind nämlich unverändert aktuell. Das gilt für den Katalog der Bedingungen, unter denen in der zweiten Hälfte der siebziger und der ersten Hälfte der achtziger Jahre Politik betrieben werden muss. Zu diesen Bedingungen zählt der Orientierungsrahmen insbesondere

- die Probleme, die aus dem Rüstungswettlauf, dem Weltbevölkerungswachstum, der Rohstoffverknappung erwachsen,

- die Widersprüche von Überfluss und Hunger, Friedensbereitschaft und andauernder Kriegsgefahr, Selbstbestimmung und wachsender Abhängigkeit des Einzelnen, Gleichberechtigung und fortbestehender Benachteiligung insbesondere der Frauen in bestimmten Lebensbereichen,

- die Diskrepanz zwischen rasch zunehmenden Problemen einerseits und der nicht im gleichen Tempo wachsenden Bereitschaft andererseits, Lösungsmöglichkeiten auszuschöpfen, und schliesslich

- die Probleme sozialer und wirtschaftlicher Stabilität: Konjunkturschwankungen, regionale und sektorale Strukturprobleme, Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Stagnation, unzureichende Kontrolle wirtschaftlicher und der damit verbundenen politischen Macht.

Das gilt ebenso für die Antworten, die der Orientierungsrahmen zu geben versucht: Im Mittelpunkt dieser Antworten steht – wie schon im Godesberger Programm – eine realistische Vorstellung vom Menschen:

Menschliche Möglichkeiten werden nicht idealisiert; massgebend ist eine nüchterne Einschätzung der Chancen bewusster Selbstbestimmung. Im sozialdemokratischen Verständnis bedeutet das die Ausrichtung politischen und gesellschaftlichen Handelns an der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität als einander bedingender, gleichrangiger Grundwerte. Der Orientierungsrahmen lotet diese Wechselbeziehung der Grundwerte des demokratischen Sozialismus tiefer aus:

Die Wechselbeziehung von

- Freiheit und Gerechtigkeit, die daraus erwächst, dass Freiheit für jeden einzelnen nicht unter den Bedingungen krasser Ungleichheit verwirklicht werden kann, sondern die Verbürgung gleicher Rechte und Sicherung gleichwertiger Bedingungen persönlicher Entfaltung voraussetzt,
- Freiheit und Solidarität, die besteht, weil die freie Entfaltung eines jeden nicht bewahrt werden kann in einem Kampf aller gegen alle, sondern nur unter Anerkennung gegenseitiger Verantwortlichkeit und Hilfsbereitschaft,
- Gerechtigkeit und Solidarität, die sich daraus ergibt, dass die Verpflichtung gegenüber dem Mitmenschen und der Gesellschaft dauerhaft nur auf der freien Entscheidung gleichgestellter Menschen gegründet werden kann.

Kritik am Leistungsbegriff

Einzelne Antworten des Orientierungsrahmens sind

bedeutsame Anwendungen dieser Wechselbeziehungen auf konkrete Problemfelder. Ich nenne hier nur die Kritik am herkömmlichen Leistungsbegriff: In seiner vorrangigen Orientierung an Intelligenz, technischer Fertigkeit und Durchsetzungsvermögen wird der Grundwert der Freiheit isoliert und nicht mehr in seiner Verbindung zu den Grundwerten der Gerechtigkeit und Solidarität gesehen – mit all den negativen Folgen für eine Entfaltung der gesamten Persönlichkeit:

«Der herkömmliche Leistungsbegriff engt die Möglichkeiten menschlicher Selbstverwirklichung und Lebenserfüllung ein. Er berücksichtigt ausschliesslich ziel- oder zweckgerichtetes Verhalten, insbesondere das Streben nach sozialem Aufstieg. Mehr Macht, mehr Prestige oder mehr Geld allein verbürgen aber weder ein sinnvolles Leben des Einzelnen noch der Gesellschaft insgesamt. Materielle Sicherheit ist zwar die notwendige Voraussetzung eines menschenwürdigen Daseins, aber nicht dieses selbst. Ohne Lebensgenuss und Bildung, ohne Freundschaft und Liebe, ohne das Streben nach Wahrheit und ohne jene innere Befriedigung, die aus Quellen wie der philosophischen Einsicht oder dem religiösen Glauben erwächst, ist menschliches Leben sinnlos.»

Kritik am Wachstum

Ähnliches gilt für die Kritik am einseitig quantitativen Wachstumsmass, an der Messung des Wachstums allein an der

Zahl produzierter Güter, ohne dass gefragt wird, unter welchen Bedingungen, zu wessen Lasten und mit welchen Folgen für die Gesamtheit dieses Wachstum erreicht wird. Auf die Solidarität als das hier entscheidende Korrektiv weist nunmehr zum Beispiel auch die Deutsche Bischofskonferenz in ihrer Erklärung zu Fragen der Umwelt vom September 1980 mit den Worten hin: «Wachstum von Produktion und Konsum bedeutet nicht fraglos Wachstum der Menschlichkeit... Die Augen davor zu verschliessen, dass wir nicht endlos weiter produzieren und weiter konsumieren können wie bisher, führt zu (dem) Effekt: Wir stehlen unseren Mitmenschen, wir stehlen den Generationen nach uns Lebenschancen.»

Eine solche Sicht der Dinge, die darauf verzichtet, die Realität hinter theoretischen Prinzipien zurücktreten zu lassen, bietet keine Patentrezepte. Die Entwicklungsgesetze der Wirtschaft und der Gesellschaft werden beispielsweise nicht aus einem Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung abgeleitet; dementsprechend wird auch nicht die allgemeine Vergesellschaftung der Produktionsmittel gefordert. Der OR '85 warnt vielmehr vor der Selbsttäuschung, dass mit der blossen Änderung von Eigentumstiteln eine Wirtschaftsordnung bewirkt werde, die wie von selbst gesamtgesellschaftlichen Interessen diene. Umgekehrt distanziert er sich gleichermassen von der Auffassung, eine Vergesellschaftung

tung von Produktionsmitteln sei grundsätzlich abzulehnen, weil sie – nach der sogenannten «Ölflecktheorie» – notwendigerweise zu einer Gefährdung der Freiheit führe: «Instrumente kann man nicht als Glaubensbekenntnis behandeln, sie müssen vielmehr nüchtern ausgelotet, erprobt und gegeneinander abgewogen werden.»

Planung des Wirtschaftsprozesses

Für die Wirtschaftsordnung bedeutet das: der Markt wird nicht verteufelt, aber auch nicht als ein aus sich heraus gerechtfertigtes Ordnungsprinzip qualifiziert. Er wird statt dessen in seiner Funktion und den Grenzen seiner Leistung gesehen – mit den Worten des Godesberger Programmes: «Markt soweit wie möglich, Plan soweit wie nötig», oder in der eingehenderen Erläuterung des OR '85: «Die einzelwirtschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel ist weitgehend unentbehrlich. Gleichzeitig bedarf es aber geeigneter Instrumente staatlicher Beeinflussung und Förderung, Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses.» Die wechselseitige Bedingtheit der Grundwerte des demokratischen Sozialismus erscheint hier in den Kategorien von Autonomie einerseits, gleichmässiger befriedigender Erfüllung individueller und sozialer Bedürfnisse andererseits.

Rolle des Staates

Auch zur Rolle des Staates äussert sich der Orientie-

rungsrahmen in einer bis heute unverändert gültigen Weise. Auch ihn begreift er nicht als blosses Mittel, sondern als eigenständigen, in der Rechtsidee wurzelnden Wert und verwirft damit

- die konservative Vorstellung von einem neutralen, über allen Interessengegensätzen schwebenden Staat,
- die liberalistische Auffassung von der «Konkurrenzdemokratie», die den Staat in Analogie zum Markt und als dessen politische Verlängerung nur als Schauplatz der Auseinandersetzung entgegengesetzter Interessen sieht, und
- die utopisch-anarchischen Auffassungen vom «Absterben des Staates», die noch heute von Teilen der «Neuen Linken» vertreten werden, ebenso wie
- die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die im Staat einen «Agenten der vereinigten Monopolkapitalisten» sieht.

Verteilungsgerechtigkeit

Es lohnt sich aber auch, den Text im Detail nachzulesen. Etwa zur Einkommens- und Vermögensverteilung, zur Modernisierung unserer Wirtschaft, zur Humanisierung der Arbeitswelt, zum Gesundheitswesen und zur Stadtentwicklung, aber auch zur Vertrauensarbeit der Partei. Und manche Stelle lohnt auch das wörtliche Zitat. So die, an der zum Verteilungsproblem gesagt wird: «Bei geringer werdendem Wachstum treten Verteilungsfragen verstärkt in den Vordergrund, da konkur-

rierende Ansprüche nicht mehr im bisherigen Umfang aus den Zuwächsen befriedigt werden können. Gerade in einer solchen Situation ist es notwendig, dass sich die Einkommens- und Vermögenspolitik und die Ausgestaltung der staatlichen Leistungen stärker am Ziel der Verteilungsgerechtigkeit orientieren. Der Grundsatz der Verteilungsgerechtigkeit gilt auch international, vor allem bezogen auf die sich zunehmend verschlechternde Situation der Entwicklungsländer, die keine Rohstoffe besitzen...»

Oder jene über die Grenzen der menschlichen Selbstbestimmung, in der es heisst: «Über diese wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme hinaus stösst das Streben der Menschen nach Selbstbestimmung an Grenzen, die grundsätzlich überhaupt nicht überschritten werden können: Irrtum und Schuld, Schmerz und Verzweiflung, Krankheit und Unglück werden auch in einer freieren, gerechteren und humaneren Gesellschaftsordnung zum Leben der Menschen gehören.»

Vergessene Grundsätze?

Bleibt die Frage, warum der Orientierungsrahmen dennoch in Vergessenheit geriet, und zwar schon bald nach dem Mannheimer Parteitag. Das ist nicht nur eine Frage an die damaligen Kommissionsmitglieder und den Parteivorstand, es ist auch eine Frage an die Partei insgesamt und insbesondere an all diejenigen, die wissen, dass zur politischen Arbeit auch die Per-

spektiven gehören. Vielleicht liegt es an der Überbürdung mit Tagesgeschäften, vielleicht haben uns neue Herausforderungen zu stark in ih-

ren Bann geschlagen. Vielleicht wiederholt sich aber auch ein Phänomen, das schon beim Godesberger Programm zu beobachten

war: Dass nämlich die Partei sich erst dann ihrer Grundsatzdokumente erinnert, wenn sie von den Umständen auf sie gestossen wird.

Franz Keller

Wo liegt Utopia?

Als der Humanist Thomas Morus 1515 im Geiste der platonischen Renaissance das Bild eines Idealstaates entwarf, wählte er zur Bezeichnung seiner Trauminsel das griechische Wort «Utopia» (=Nirgendwo). Er hat sich aber nicht als Utopist, sondern als Prophet erwiesen, denn es gibt heute eine Insel, die dem Eiland seiner Phantasie weitgehend entspricht: Kuba.

Die Insel Utopia ist von einem Helden erobert worden, von König Utopos. Er hat den Boden dem Volk zurückgegeben, das diesen nun einträchtig bebaut. Jeder Stadt ist so viel Ackerland zugeteilt, dass die Bürger es abwechselnd bewirtschaften können. Auch auf Kuba nimmt fast die ganze Bevölkerung an der Zuckerernte teil. Und Sie denkt wie die Utopier, von deren Städten es bei Morus heisst: «Keine Stadt hat das Bestreben, ihr Gebiet zu vergrössern, denn sie halten sich mehr für Bebauer als für Besitzer des Bodens.» Auf den Gehöften untersteht die Leitung des Haushalts einem Hausvater und einer Hausmutter. Wir lesen weiter: «Aus jedem Haushalt ziehen jährlich zwanzig Personen in die Stadt zurück, die nämlich, die zwei Jahre auf

dem Land zugebracht haben. An ihrer Stelle treten ebenso viele neue aus der Stadt.» Die Überwindung der Arbeitsteilung ist hier also schon so weit gediehen, wie sie Marx für die höhere Phase des Kommunismus vorgesehen hat, damit die Arbeit zum «ersten Lebensbedürfnis» wird. Auch Morus stellt sich vor, dass der Wechsel der Arbeit die Leute beglückt, heisst es doch: «Der Brauch, die Bauern ständig zu wechseln, ist zwar festgelegt, damit keiner gegen seinen Willen gezwungen wird, das harte Leben länger fortzusetzen, dennoch aber erwirken sich viele, die von Natur aus Freude an der Landwirtschaft haben, die Er-

Thomas Morus,
der Schöpfer von Utopia



laubnis, mehr Jahre zu bleiben.» Damit die Arbeit den Menschen in Stadt und Land nicht zu schwer wird, gibt es auf Utopia den Sechsstundentag. Man arbeitet von 9 bis 12 Uhr, macht nach dem Essen, das gemeinschaftlich eingenommen wird, eine Siesta, um von 15 bis 18 Uhr weiterzuarbeiten. Nach dem gemeinschaftlichen Nachessen versammelt man sich zu Musik und Tanz. Doch um 20 Uhr ist in Stadt und Land Lichterlöschen, denn es herrscht früh wieder Tagwacht, ob schon die Arbeit so spät beginnt. Die Morgenstunden werden nämlich für die Volksbildung benützt. Morus erzählt uns: «Es ist nämlich üblich, täglich in den frühen Morgenstunden öffentliche Vorlesungen zu halten, die anzuhören eigentlich nur die verpflichtet sind, die ausdrücklich für das wissenschaftliche Studium ausersehen wurden; indessen strömt aus jedem Stande eine sehr grosse Menge von Männern wie auch von Frauen herbei, um, ihrem jeweiligen Interesse entsprechend, diese oder jene Vorlesung zu hören. Falls aber einer auch diese Zeit lieber seinem Handwerke widmen will, wie es für viele empfehlenswert ist, deren Geist sich nicht zu den Höhen der Wissenschaft zu erheben vermag, so hindert ihn nichts daran, ja er wird sogar gelobt, weil er dem Staate nützt.» Aus der